

Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Er erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Flotz. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzige älteste und geleseste Zeitung von Laurahütte-Siemianowitz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.

Einzelheftpreise: Die 8-gespaltene mm-Zl. für Pohnisch-Oberjährl. 12 Gr., für Polen 15 Gr.; die 3-gespaltene mm-Zl. im Reklameteil für Pohnisch-Oberjährl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Bei gerichtl. Beiziehung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 150 **Dienstag, den 24. September 1929** 47. Jahrgang

Pilsudskis „erlöschende Welt“

Polens Kriegsminister rechtfertigt die Haltung der Regierung Sejmmarschall Daszynski Initiator der Regierungskonferenz?

Warschau. Der Kriegsminister Marschall Pilsudski veröffentlicht in der Sonntagsausgabe der Regierungspressen einen Artikel, der sich mit der politischen Situation in Polen befaßt. Der Artikel versucht die einberufenen Regierungskonferenz von abzuschließen und darzulegen, daß sie auf Wunsch des Sejmmarschalls Daszynski erfolgt sei.

Daszynski habe Pilsudski vor einigen Monaten aufgefordert, ihm ernste Besorgnisse über die staatspolitische und wirtschaftliche Entwicklung Polens mitgeteilt. Er habe gleich erklärt, daß in den Reihen der Sozialisten die Stimmung der radikalen Opposition im Abflauen begriffen sei, und daß auch bei den anderen Linksparteien eine ähnliche Entwicklung zu merken wäre. So hätte z. B. die Demokratische Bauern- und Arbeiterpartei den entschiedensten Vertreter des linken Lagers gegen die Regierung in ihrem Lager, den früheren Sejmmarschall Thugutt, nicht mehr in ihren Parteivorstand gewählt. So ergebe sich vielleicht endlich eine Möglichkeit zur Bildung einer festen Regierungskoalition aus den Linksparteien gemeinsam mit dem Pilsudski-Block.

Der Marschall habe eine persönliche Initiative, zu der ihn Daszynski aufgefordert, mit dem Hinweis darauf abgelehnt, daß er nicht mehr Chef der Regierung wäre. Er habe aber den Sejmmarschall Switalski und den Führer des parlamentarischen Regierungsbündes, Oberst Slawek, von der Annahme des Sejmmarschalls unterrichtet. Nach einer Vertagung der Regierung durch die Sommerferien, habe dann Switalski auf einer nochmaligen Aussprache mit Pilsudski in dessen Anwesenheit an der litauischen Grenze seine Einladung an die Linksparteien ergehen lassen.

Pilsudski geht dann in ruhigen und sachlichen Darlegungen auf die Notwendigkeit dieser Neugestaltung der Budgetverhältnisse ein. Es käme darauf an, dem Ausland einen Vorwand mehr für Urteile wie „Polnisches Wirtschaftskrisis“ und „Saisonkaat“ zu geben. Der Marschall zitiert diese Worte bezeichnenderweise in deutscher Sprache. Nach einigen weiteren Darlegungen zur Budgetfrage geht er dann auf die Antwort der oppositionellen Links- und Mittelparteien ein, die seiner

Meinung nach die ganze Einladung als „Kanapeefrage“ — das Wort ist wieder deutlich zitiert — aufgefaßt hätten.

Die Antwortformel der Parteiführer sei allerdings noch zweideutig. Sie geht bekanntlich dahin, daß während der Parlamentsferien nur das Sejmparlament zur Vertretung des Parlaments befugt wäre. Pilsudski läßt dann in politischen Vergleichen nicht ganz klar erkennen, wie er die Lage jetzt ansieht.

Wenn die Sejmparteien die Regierungseinladung abgelehnt haben, so will er darin eine Bestätigung für die tiefe Berechtigung aller seiner früheren herablassenden Urteile über die Parlamentarier finden, die er in ihren beschimpfenden Formulierungen teilweise auch nochmals — aber bezeichnenderweise nur hypothetisch — wiederholt. Kanapeefragen aber entfallen, so schließt er, nur in einer erlöschenden Welt, und wo eine Welt erlösche, da gehe auch eine Sonne wieder auf.

Nach einer Analyse über die klassische Regierungsweise in Griechenland, schließt der Artikel mit einem Refrain aus der Operette der „Schönen Helena“.

Der Eindruck des Artikels

Warschau. Die Aufnahme des Artikels durch die Morgenpresse ist sehr geteilt. Man ist überrascht, daß der Marschall sich eine gewisse Zurückhaltung auferlegt hat, die sich wesentlich von seinen früheren Erklärungen unterscheidet. In den Kreisen der Byzmaleniergruppe hat der Artikel eine gewisse Sensation hervorgerufen. Sowohl die P. P. S. als auch die Byzmalenier wollen sich an den Sejmmarschall wenden und ihn um Aufklärung bitten, was es mit der fraglichen Konferenz mit Pilsudski auf sich hat. Man ist in diesen Kreisen der Meinung, daß es ausgeschlossen ist, daß Daszynski solche Zugeständnisse zur Zusammenarbeit der bezeichneten Parteien mit der Regierung gegeben hat.

Von reichsdeutschen Blättern ist nur die „Vossische Zeitung“ in der Lage den Artikel schon am Sonntag wiederzugeben. Der sonst gutunterrichtete Korrespondent drückt die Hoffnung aus, daß selbst bei ungenügender Würdigung der Machtverhältnisse im Sejm, der Marschall Pilsudski doch noch nach Wegen sucht, um einen Ausgleich zwischen Regierung und Sejm zu finden.

Deutschland und Paragraph 19 des Völkerbündepaktes

Genf. Die chinesische Regierung hat ihren Antrag über die Revision internationaler Verträge am Sonnabend in einer längeren Geheimitzung eines Sonderausschusses von neuem vertreten. Auf deutscher Seite wird die Auffassung vertreten, daß der Antrag irgendeiner Macht auf Revision eines internationalen Vertrages, wie z. B. des Versailler Vertrages, in der Vollversammlung eingereicht und auf dem üblichen geschäftsordnungsmäßigen Wege zur Ausschubberatung und dann in der Vollversammlung zur Verhandlung gelangen müßte, ohne daß der Antrag vorher einer Prüfung auf seine Zulässigkeit zu unterziehen wäre und damit die Möglichkeit einer Ablehnung des Antrages eingeschaltet würde. Dagegen besteht bei gewissen Mächten das gegenseitige Bestreben. Auf deutscher Seite vertritt man den Standpunkt, daß dem Artikel 19 des Völkerbündepaktes, der die Revision internationaler Verträge vorzieht, praktische Bedeutung durch die Beschlußfassung der Vollversammlung gegeben werden müsse. Ein dahingehender Antrag müsse in jedem Fall von der Vollversammlung auf dem geschäftsordnungsmäßigen Wege zur Behandlung und Erledigung gelangen. Seit dem Bestehen des Völkerbündes ist dieser Artikel weder geprüft noch jemals zur Anwendung gebracht worden. Die große Bedeutung des chinesischen Antrages liegt nun tatsächlich darin, daß dieser Artikel praktische Anwendungsfähigkeit erlangt hat und somit jederzeit ein Mitglied des Völkerbündes einen Antrag auf Revision eines unanwendbar gewordenen Vertrages beim Völkerbund einbringen kann.

Kämpfe an der russisch-chinesischen Grenze

Moskau. Wie aus Moskau gemeldet wird, teilt der Oberbefehlshaber der Sowjetrussischen Truppen Blücher der Sowjetregierung mit, daß am Sonnabend früh chinesische Truppen die russische Grenze in der Nähe des Flusses Fadi überschritten haben, aber nach mehrstündigem Kampfe zurückgeworfen werden konnten. Auch in der Nähe von Pogranicznaja haben neue Kämpfe stattgefunden. Ein chinesisches Flugzeug hat zum ersten Male über sowjetrussischem Boden Bomben abgeworfen.

London als Tagungsort der Fünfmächte-Konferenz so gut wie gesichert

London. Wie aus Washington gemeldet wird, herrscht in amtlichen Kreisen die Auffassung, daß London als Tagungsort für die Fünfmächtekonferenz nunmehr endgültig gewählt wird. Es verlautet, daß der französische, japanische und italienische Botschafter bei ihren Besprechungen mit dem Staatssekretär Stimson keine Einwendungen gegen die Wahl Londons erhoben haben.

Chinas Abkehr von Tschiangkai-schei

Vor einem neuen Bürgerkrieg? — Das Programm der Separatisten

Peking. Wie gemeldet wird, hat der Oberbefehlshaber der chinesischen Truppen, General Wu-Fulin, die Selbstverwaltung der Provinz Hupe erklärt. Die Provinz hat eine neue Regierung gebildet und wird ihre Beziehungen mit der Nationalregierung abbrechen und eine selbständige chinesische Regierung bilden. Der Sitz der neuen Provinzialregierung wird in der Provinz Tschang sein. Der Oberbefehlshaber der chinesischen Truppen in der Provinz Hupe, Wu-Fulin, erklärte weiter, daß die Politik des Generals Fung und Ton-Siu-Tschang gegen die Nationalregierung unterstützen werde und die sofortige Auflösung der Nationalregierung mit Marschall Tschiangkai-schei an der Hand verlange. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat Marschall Tschiangkai-schei Truppen nach der Provinz Hupe entsandt.

Tschiangkai-schei hat eine Konferenz seiner Militärführer in Nanking einberufen. Er erklärte, daß er im Stande sein werde, die Aufstände in China niederzuschlagen. Die sogenannte vierter Division hat den Befehl erhalten, sich sofort marschbereit zu machen, um nach der Guanxi-Provinz befördert zu werden. Die chinesische Kriegsflotte bezieht sich nach Kanton, um dort die Möglichkeit eines Aufstandes gegen die Nankingregierung zu verhindern.

Das Programm der neuen Regierung in Hupe

Peking. Die vorläufige Regierung der Provinz Hupe hat einen Aufruf veröffentlicht, in dem sie ihr Programm entwickelt. Danach will sie für eine sofortige Demobilisierung der chinesischen Armee, Abschaffung der Exterritorialitätsrechte, Einführung des 8-Stundentages und eines einheitlichen Steuersystems in der chinesischen Republik, sowie für den Frieden mit Rußland eintreten. Marschall Fung wurde der Posten des Vorsitzenden der Regierung angeboten.

Tokio. Die amtliche japanische Telegraphenagentur hat Nachrichten aus Peking erhalten, daß die Provinz Guanxi der Nankingregierung mitgeteilt hat, daß sie ihre Beziehungen zur Nankingregierung abgebrochen hat. Die Truppen der Provinzregierung versuchen, sich mit der Schantungprovinz zur Verbindung zu legen, um dort einen gemeinsamen Kampf gegen Tschiangkai-schei zu führen.

Ein Weißgardistischer Trupp von den Sowjets aufgerieben

Moskau. Wie aus Moskau gemeldet wird, teilte das Oberkommando der Sowjetunion im Fernen Osten mit, daß es den Sowjettruppen nach einem vierstündigen Kampf an der russisch-chinesischen Grenze gelungen ist, eine weißgardistische Truppe in der Nähe von Petropalowsk (40 Kilometer von der russisch-chinesischen Grenze) aufzureiben. Bei diesem Kampf wurden 11 Weißrussen getötet und 36 gefangen genommen. Sie werden sofort nach Blagoweschensk abgeführt werden, wo sie dem Kriegsgericht ausgeliefert werden. Für alle 36 Personen wird das Todesurteil erwartet.



Regierungskrise in Oesterreich

Nach Wiener Meldungen ist mit einem Rücktritt der Regierung Streckerwitz durchaus zu rechnen. Es heißt, daß die gegenwärtige Lage nur von einem besonders energiegelassen Mann, der die Mehrheit der christlich-sozialen Partei hinter sich hat, gemeistert werden könne. Uebrigens spricht man davon, daß auch Vertreter der Heimwehren in die neue Regierung eintreten würden. Als aussichtsreichster Kandidat für den Bundeskanzlerposten wird der bekannte Wiener Polizeipräsident Dr. Schöber genannt. Potenziell Dr. Schöber.

Die Heimwehrtumgebung in Wien

Wien. Auf dem Feldenplatz der Burg fand am Sonntag eine von etwa 25.000 Personen besuchte Heimwehrtagung statt. Der Bundesführer der österreichischen Selbstschützervereinigung, Dr. Steidle, erklärte, es sei eine Blühe, wenn man von den Bürgerkrieggedanken der Heimwehr spreche. Unstimmigkeiten in der Heimwehrtumgebung gäbe es nicht. Die Sozialdemokraten bemühten sich, in Wirtschaftskreisen Stimmung gegen die Heimwehr zu machen. Alle Gerüchte über die Heimwehren sollten nur verhallen, daß sich die Sozialdemokraten am Ende der Heimwehr fühlen. Die Heimwehr habe ihre Ziele klar vor Augen. Ueber ihr Programm gebe es kein Feilschen und Handeln nur Erfüllung der Forderungen, die nunmehr von dem Volke den gegebenden Instanzen vorgetragen werden.

